



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/03/2014  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 14.05.2014  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:30 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
5. KiBiz Revision  
Festlegung der Auswahlkriterien für die Förderung von plusKITAs und zusätzlicher Sprachförderung  
Vorlage: 0544/2014
6. Kindertagespflege in Hagen  
Vorlage: 0473/2014
7. Familienzentren in Hagen  
Vorlage: 0554/2014
8. Einmalige Beihilfen bei stationären Hilfen zur Erziehung  
Vorlage: 0463/2014
9. Spielplatz Dödterstraße  
Vorlage: 0360/2014
10. Geschäftsbericht 2013 des Fachbereichs Jugend & Soziales  
Vorlage: 0453/2014
11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:30 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und heißt insbesondere die neue Beigeordnete Frau Kaufmann willkommen, die seit dem 01. Mai im Dienst der Stadt Hagen ist. Außerdem verabschiedet er Frau Versteeg-Schulte von der Verwaltung und die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Klos-Eckermann.

Er berichtet von der soeben stattgefundenen Übergabe von Postkarten von Seiten der katholischen Kindergarteneinrichtungen. Es gehe darum, dass bei der Beschlussfassung des KiBiz die Kindspauschalen angepasst werden müssten. Es bestehe die Hoffnung, dass das noch berücksichtigt würde. Er werde die Karten mit besonderen Grüßen nach Düsseldorf schicken.

Bezüglich der heutigen Tagesordnung stellt er fest, dass es keine Änderungswünsche gibt.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Goldbach berichtet bezüglich der Erstellung des Jugendförderplans, dass dieser mittlerweile in gemeinsamer Erarbeitung mit den Trägern weit gediehen sei. Man befinde sich immer noch auf der Ebene der Inhalte und der Konzepte, die im neuen Jugendförderplan sein sollten. Am 1. Juni werde man die vorhandenen Ideen mit Vertretern der Jugendverbände, den Jugendräten und den Jugendeinrichtungen diskutieren. So solle die Jugendbeteiligung sichergestellt werden. Die Veranstaltung werde in Berchum bei der ESW stattfinden.

Man werde anschließend darüber berichten und die Ergebnisse dieser Diskussion in den Jugendförderplan entsprechend einarbeiten.

Herr Strüwer begrüßt es, dass junge Leute an der Fertigstellung des Jugendförderplans beteiligt würden. Man werde mit den ersten Entwürfen in die Unterausschüsse gehen, um dort darüber zu diskutieren. Im Laufe der Zeit gebe es naturgemäß immer neue Schwerpunkte.

Herr Fischer berichtet als Vertreter des Jugendrings über eine Veranstaltung, die man gemeinsam mit den Jugendräten zur Oberbürgermeisterwahl durchgeführt habe.



Weiterhin lade er herzlich zum Vielfalt tut gut-Festival ein, das am 24. Mai stattfindet.

Frau Burghardt erklärt, dass sie leider die Sitzung gleich aufgrund eines anderen Termins verlassen müsse und sie aus diesem Grund zu einem anderen Tagesordnungspunkt etwas sagen wolle. Sie bitte zum Tagesordnungspunkt 6 - Kindertagespflege in Hagen –, den anwesenden Vertretern vom SKF und Caritasverband die Möglichkeit zu einer Stellungnahme einzuräumen.

Herr Strüwer schlägt vor, folgendermaßen zu verfahren, dass die Verwaltung die Inhalte vorstelle und dann die Verantwortlichen aus dem Bereich ihre Stellungnahmen einfließen lassen könnten, bevor man zu einer Entscheidung komme. Er gehe davon aus, dass das vorgeschlagene Verfahren im Sinne aller Beteiligten sei.

Frau Hamann berichtet von einer Veranstaltung im Zusammenhang mit dem von den Trägern erarbeiteten Inklusionskonzept. Man habe festgestellt, dass sich alle Beteiligten wenig Gedanken darüber gemacht hätten, wie dieser Umbau in Richtung Inklusion in Kindertageseinrichtungen finanziert werden könne. Man habe daraufhin entschieden, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, um die unterschiedlichen Positionen noch einmal zur Kenntnis zu nehmen. Ziel sei es gewesen, Lösungsansätze zu finden, die die Stadt Hagen in dem Bereich handlungsfähig mache, um das geforderte Konzept umzusetzen. An der Veranstaltung hätten tatsächlich Vertreter aller Ebenen teilgenommen. Man werde in der nächsten Woche als Träger zusammenkommen und auswerten, was denn jetzt die nächsten Schritte sein könnten. Dann werde man im nächsten Schritt dem Verwaltungsvorstand einen Vorschlag machen. Anschließend werde der Jugendhilfeausschuss darüber informiert, wie es mit dem Konzept weitergehe.

Herr Reinke informiert darüber, dass Anfang April der Fachbeirat zur Kinderschutzambulanz getagt habe. Es sei darüber berichtet worden, wie sich die Kinderschutzambulanz entwickelt habe. Die Entwicklung der vergangenen vier Jahre sei sehr erfreulich.

### 3. Anliegen der Jugendräte

Frau Haxhnikaj und Frau Zejewski berichten von den Anliegen der Jugendräte.

Das bereits angesprochene Filmprojekt zum Thema Inklusion solle im Juni fertiggestellt werden. Der Film solle bei einer großen offiziellen Veranstaltung, zu der unter anderem die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses eingeladen werden würden, gezeigt. Man habe die Idee entwickelt, die Veranstaltung eventuell im Cinestar durchzuführen. Eine endgültige Entscheidung darüber solle im gesamtstädtischen Jugendrat getroffen werden. Sie seien gebeten worden, bereits in der heutigen Sitzung für diese Veranstaltung beim Jugendhilfeausschuss einen Antrag auf einen Zuschuss in Höhe von 1.000 € zu stellen. Der Jugendhilfeausschuss soll dann den



Fachbereich bitten, das Geld zur Verfügung zu stellen. Das Geld sei für die Raummiete und Getränke vorgesehen. Dieser Antrag werde unter dem Vorbehalt gestellt, dass der Gesamtstädtische Jugendrat dem zustimmen werde.

Herr Strüwer befürwortet das Vorhaben, weist jedoch darauf hin, dass für solche Zwecke leider kein Topf zur Verfügung stehe. Er fragt in Richtung von Herrn Goldbach, wie man das in irgendeiner Weise stemmen könne. Da es sich um ein Filmprojekt handele, fände er persönlich es auch passend, wenn man die Veranstaltung im Cinestar mit deren Unterstützung stattfinden lassen könne. Er werde sich auch Gedanken machen, wie man das Projekt unterstützen könne. Man werde eine Lösung finden.

Die Vertreterinnen des Jugendrates berichten von weiteren Anliegen des Jugendrates.

#### 4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

##### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Auf Rückfrage von Herrn Strüwer bestätigt Frau Versteeg-Schulte, dass jedes Kind in Hagen einen Kindergartenplatz bekomme. Im Bereich der Bauprojekte habe man allerdings Bewegung. Dort gebe es bei einigen Projekten Verschiebungen. Sie kündigt für die nächste Sitzung eine Vorlage an, die sich mit dem „Projekt Kuhlerkamp“ beschäftigen werde.

Herr Reinke stellt eine Frage bezüglich der Neubauten in der Boeler Straße, die von Frau Versteeg-Schulte beantwortet wird. Auch hier gebe es zeitliche Verzögerungen.

Frau Klos-Eckermann stellt eine Frage zur Grundschule Spielbrink, von der sie im Schulausschuss gehört habe, dass dort die Kindertageseinrichtung der evangelischen Kirche auslaufend für ein Jahr untergebracht werden sollte.

Frau Versteeg-Schulte bestätigt, dass dies so geplant sei.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf einen Zeitungsartikel, in dem es um das Spiel- und Kinderhaus Hohenlimburg gegangen sei und beschreibt anhand der Entwicklung dieses Projektes die beeindruckende Leistung der Verwaltung, die dann letztendlich zu einer endgültigen Lösung geführt habe.

Er lobt die Arbeit von Frau Versteeg-Schulte. Sie könne stolz sein, was sie in den vergangenen Jahren mit bewirkt habe. Er spricht seinen Dank dafür aus.

Frau Versteeg-Schulte macht deutlich, dass das nur zusammen mit ihrem Team möglich gewesen sei.



5. **KiBiz Revision**  
**Festlegung der Auswahlkriterien für die Förderung von plusKITAs und zusätzlicher Sprachförderung**  
**Vorlage: 0544/2014**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.  
Abschließend beschreibt er das in der Vorlage vorgeschlagene Verfahren.

Herr Reinke befürwortet, die vorgesehene Beratung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Er wolle sich dabei aktiv mit einbringen und nicht nur das Ergebnis aus der AG 3 zur Kenntnis nehmen.

Herr Strüwer macht deutlich, dass insgesamt eine gewisse Brisanz dahinterstehe. Die getroffene Entscheidung gelte für die Dauer von fünf Jahren. Er befürworte den von Herrn Goldbach gemachten Vorschlag, die Angelegenheit im Unterausschuss zu diskutieren und ggf. noch einmal in einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses.

Frau Klos-Eckermann merkt an, dass es eine gute Lösung sei, das Geld nicht im Gießkannenprinzip zu verteilen, sondern da, wo wirklich der Bedarf vorhanden sei.

Frau Hamann ist der Meinung, dass das Kriterium des SGB II - Bezugs keine qualitative Aussage über den tatsächlichen Bedarf mache. Sie regt an, die Sozialräume mit ihren speziellen Belastungen mit in die Bewertung zu nehmen.

Herr Dahme nimmt Bezug auf das in der Vorlage genannte Kriterium der Anzahl der Gruppen in den Einrichtungen. Es sei nicht ganz eindeutig, wie man die Einrichtungsgröße beurteilen könne. Er bäte, diesen Gesichtspunkt in der Beratung im Unterausschuss zu berücksichtigen.

Herr Goldbach sagt zu, dass man das noch im Detail feinjustieren werde.

Herr Strüwer stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die mit der Arbeitsgemeinschaft 3 (Kindertagesbetreuung) abgestimmten Kriterien und die dargestellte Umsetzung des Auswahlverfahrens anzuwenden.
2. **Der Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft 3 wird dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorgelegt. Der Unterausschuss befindet darüber, ggf. eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses einzuberufen.**



**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrende Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**6. Kindertagespflege in Hagen  
Vorlage: 0473/2014**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Frau Versteeg-Schulte ergänzt die Ausführungen.

Herr Gebauer vom Sozialdienst katholischer Frauen und Frau Depperich vom Caritasverband ergänzen auf Bitte von Herrn Strüwer die Ausführungen zur Tagespflege.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass die heutige Beschlussfassung zur Kindertagespflege nur möglich sei, weil die Stadt Hagen einen genehmigten Haushalt habe. Dieser sei nur möglich gewesen, weil man ein Sparpaket beschlossen habe, das sicher sehr schmerzhaft gewesen sei.

Frau Klos-Eckermann fragt nach der seinerzeit geplanten Realisierung des Großtagespflegeprojektes.

Frau Depperich berichtet, dass das Projekt letztendlich an den Rahmenbedingungen gescheitert sei.



Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt zum 01.08.2014

1. die Anhebung der Stundenvergütung für Kindertagespflegepersonen auf 5,50 € für die U3-Betreuung und auf 4,50 € für die Ü3- Betreuung und
2. die Zahlung der 1,5-fachen Stundenvergütung für die Betreuung von behinderten Kindern oder von einer wesentlichen Behinderung bedrohten Kindern.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0



**7. Familienzentren in Hagen**  
**Vorlage: 0554/2014**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Versteeg-Schulte erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass man die qualitative Entwicklung bei den Einrichtungen, die jetzt noch nicht betroffen seien, weiter vorantreiben müsse. Das solle man auch über die Verwaltung dem Land so mitteilen, dass man dort noch einen anderen Bedarf sehe. Er halte es nicht für gut, wenn dort einige Kindertageseinrichtungen außen vor blieben.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag zur Verwendung der 2 Kontingente wie in der Vorlage dargestellt zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung die erforderliche Meldung bis zum 15.06.2014 beim Ministerium einzureichen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0



**8. Einmalige Beihilfen bei stationären Hilfen zur Erziehung  
Vorlage: 0463/2014**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer sagt ein paar einleitende Worte zu der Thematik.

Frau Helling merkt an, dass sie nicht nachvollziehen könne, warum Klassenfahrten für Pflegekinder nur zu 50 % finanziert würden? Da solle man ihrer Meinung nach eine 100 %ige Förderung vornehmen und das möglicherweise an anderer Stelle einsparen.

Frau Schmieta erläutert die Gründe, die man zugrunde gelegt habe. Sie erläutert, dass die Kosten für Klassenfahrten bei den Heimkindern in den Tagessätzen bereits enthalten seien.

Frau Helling-Plahr beantragt, keine Beihilfen mehr für Taufe, Kommunion und Konfirmation zu bewilligen und dafür die Kosten für Klassenfahrten zu 100 % zu erstatten.

Frau Timm-Bergs ist der Meinung, dass die Durchführung von religiösen Festen nicht davon abhängig sein dürfe, ob man die notwendigen finanziellen Mittel dafür habe. Auch sie befürworte natürlich die 100%ige Übernahme der Kosten für Klassenfahrten, wenn das möglich sei. Man wisse ja nicht, in welcher Höhe Mehrbelastungen auf die Stadt zukämen. Sie befürworte daher, erst einmal bei der 50%igen Erstattung für Klassenfahrten für Pflegekinder zu bleiben. Sie bäte die Verwaltung, die Höhe der möglichen Mehrbelastung zu ermitteln.

Frau Klos-Eckermann schließt sich den Ausführungen an. Die volle Übernahme der Kosten für Klassenfahrten für Pflegekinder solle man sich als Stadt leisten können.

Frau Köppen merkt an, dass sie naturgemäß erfreut sei, dass die Aufwendungen für Heimkinder voll abgedeckt seien. Sie regt an, die bei dem Übergang der Heimkinder in eigene Wohnungen erforderlichen Kauttionen zu übernehmen. Sie weist darauf hin, dass die Landesformulierung von „religiösen Anlässen“ spreche. Sie halte es für sinnvoll, diesen Begriff zu verwenden, da bei der Aufzählung der christlichen Feste einige andere rausfielen.

Frau Helling-Plahr bittet außerdem, eine Aufstellung zu fertigen, was in den anderen Bereichen an absoluten Zahlen insgesamt ausgegeben werde.

Frau Schmieta macht deutlich, dass das einen erheblichen Arbeitsaufwand bedeuten würde, da alles manuell erfasst werden müsse.



Herr Goldbach erklärt, er halte den Hinweis von Frau Helling-Plahr für richtig, dass man das natürlich interkulturell geöffnet haben sollte. Er rege an, eine analoge Anwendung für muslimische und andere vergleichbare Anlässe zu praktizieren.

Außerdem weist er darauf hin, dass man hier von der Pauschalisierung von **einmaligen** Beihilfen rede. Es sei nicht so, dass es nicht eine monatliche Unterstützung für Pflegekinder gebe. Wenn ein Pflegekind auf Klassenfahrt sei, spare man an anderer Stelle etwas ein. Wenn man hier eine geübte Praxis habe, würde er vorschlagen, daran festzuhalten. Ziel dieser Vorlage habe eine Verwaltungsvereinfachung sein sollen.

Frau Helling-Plahr schlägt als Kompromiss vor, die Zahlen zu den Klassenfahrten zu ermitteln. Auf Nachfrage von Herrn Strüwer erklärt sie, dass der gestellte Antrag von ihr zurückgezogen werde.

Frau Kaufmann macht deutlich, dass es sich hier um Familienfeiern handele, die gerade für Kinder von ganz besonderer Bedeutung seien. Dies gelte über alle religiösen Grenzen hinweg. Sie halte es für wichtig, bei dieser Regelung zu bleiben.

Frau Schmieta sichert zu, die Zahlen zu ermitteln.

Herr Strüwer schlägt vor, den Beschlussvorschlag so zur Abstimmung zu stellen und diese Thematik in der ersten Sitzung nach der Sommerpause differenzierter zu betrachten.

Herr Goldbach ergänzt, für das Protokoll den Zusatz festzuhalten, dass für andere Glaubensgemeinschaften die Regelungen analoge Anwendung fänden.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Ab 1. Juli 2014 werden einmalige Beihilfen bei stationären Hilfen zur Erziehung wie in der Vorlage dargestellt pauschal bewilligt.

### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		



Einstimmig beschlossen

Dafür: 12  
 Dagegen: 0  
 Enthaltungen: 0

**9. Spielplatz Dödterstraße  
 Vorlage: 0360/2014**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Verlegung des Kinderspielplatzes Dödterstraße im Bereich des ehemaligen Elbersgeländes wird zugestimmt.

Dem Kinder- und Jugendzirkus Quamboni wird dadurch die Durchführung eines Zirkuscamps jeweils im Sommer eines jeden Jahres für einen Zeitraum von 6 – 8 Wochen ermöglicht.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12  
 Dagegen: 0  
 Enthaltungen: 0



**10. Geschäftsbericht 2013 des Fachbereichs Jugend & Soziales**  
**Vorlage: 0453/2014**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer weist darauf hin, dass der Geschäftsbericht in der heutigen Sitzung eingebracht werde, damit die Ausschussmitglieder in der Sommerpause die Gelegenheit hätten, sich intensiv damit zu beschäftigen.

Frau Kaufmann zeigt sich begeistert von dem Bericht und lobt die Verwaltung für das hervorragende Werk.

Herr Goldbach stellt den Geschäftsbericht anhand einiger Schwerpunkte vor.

Herr Strüwer bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die gemeinsame erfolgreiche Arbeit in den vergangenen fünf Jahren und wünscht ihnen alles Gute . Die Arbeit habe ihm persönlich viel Freude gemacht.

**Beschluss:**

Der Geschäftsbericht 2013 des Fachbereichs Jugend und Soziales wird **in erster Lesung** zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen

**11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.35 Uhr

gez. Willi Strüwer  
\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
\_\_\_\_\_  
Schriftführerin